

Kein Knast für Flucht! Für die Bewegungsfreiheit aller Menschen

Am 6. Oktober demonstrieren wir gegen den Plan der Europäischen Union willkürlichen Freiheitsentzug EU-weit zu legalisieren. Die EU plant eine massive Vereinfachung der Inhaftierungsbedingungen für Asylbewerber_innen, diese Pläne müssen jetzt verhindert werden. Wir demonstrieren außerdem für die Abschaffung von Abschiebegefängnissen und rassistischen Sondergesetzen, die Asylbewerber_innen bereits heute erniedrigen und isolieren und sie staatlicher Willkür aussetzen. Schluss damit!

Voraussichtlich noch in diesem Jahr wird dem EU Parlament die Neufassung der Aufnahme richtlinie zur Abstimmung vorgelegt. Diese Richtlinie wird derzeit neu verhandelt, um EU-weit ähnliche Bedingungen für Asylbewerber_innen zu schaffen. Im Rahmen dieser so genannten Harmonisierung werden die Möglichkeiten von Staaten, Menschen ihrer Freiheit zu berauben erweitert.

Die Aufnahme richtlinie definiert Haftgründe für Asylsuchende, die es ermöglichen Asylsuchende jederzeit einzuknasten. Dazu gehören z.B. Begründungen wie die „Feststellung der Identität“ oder die „nationale Sicherheit und Ordnung“, Begründungen also, die praktisch jederzeit und auf alle angewandt werden können. Begrenzungen von Haftzeiten sind nicht vorgesehen.

Die Verankerung dieser Haftgründe ist die repressive Antwort darauf, dass Menschen trotz aller Grenzkontrollen und Überwachungsmaßnahmen weiterhin in die EU einreisen und es sich nicht nehmen lassen, sich innerhalb des Schengenraums zwischen den verschiedenen Ländern zu bewegen. Damit beharren Migrant_innen auf ihrer Selbstbestimmung und halten sich nicht an die Bestimmungen der Dublin II Verordnung – nämlich in dem EU Land, in das sie als erstes einreisen, einen Asylantrag zu stellen. Werden sie gleich inhaftiert, können sie auch nicht in ihr Zielland weiterreisen.

Die Haftbedingungen dienen zum einen der „effizienteren“ Umsetzung des Dublin II Abkommens, daher ist es wahrscheinlich, dass Gefängnisse für Schutzsuchende vor allem entlang der EU Außengrenzen errichtet werden. Teilweise handelt es sich nur um eine nachträgliche Legitimierung schon bestehender Praxis wie auf Malta, in Griechenland oder in Ungarn wo Menschen, die vor Krieg, Repression oder Armut geflohen sind bereits heute grundsätzlich inhaftiert werden.

Die EU-weite Legalisierung von willkürlichen Festnahmen dient darüber hinaus der weiteren Abschreckung von Migrant_innen ohne formale Einreiseerlaubnis und weist darüber hinaus allen Migrant_innen ihren Platz innerhalb der EU zu.

Es spielt keine Rolle, dass die derzeitige Bundesregierung Planungen für Asylgefängnisse verneint. Was in kommenden Legislaturperioden passiert, bleibt offen. Und unabhängig davon, wo die Gefängnisse stehen, die Bundesrepublik hat ein großes Interesse daran, dass die Bestimmungen von Dublin II umgesetzt werden und wird der Errichtung von Gefängnissen an den EU Außengrenzen keine Steine in den Weg legen. Die bisherige Rolle der Bundesrepublik in der europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik spricht dafür, dass sie solche Vorhaben unterstützen wird.

Es ist nicht schwer sich vorzustellen, welche fatalen Folgen es für Menschen hat,

inhaftiert zu sein, entmündigt zu werden, die Entscheidungsfreiheit über die einfachsten Dinge des Lebens zu verlieren, ohne eine plausible Erklärung dafür zu haben. Ganz konkret lässt sich dies anhand der australischen Flüchtlingspolitik nachvollziehen, wo Bootsflüchtlinge seit 20 Jahren für ihr gesamtes Asylverfahren von ein, zwei, drei Jahren einsitzen und viele von ihnen im Gefängnis für ihr gesamtes Leben traumatisiert werden. Regelmäßige Suizide und Suizidversuche sowie massive Selbstverletzungen sind die konkrete Folge dieser Politik. Wer solche Gesetze erlässt, spielt mit dem Leben von Menschen.

Auch in der Abschiebehaftanstalt in Hannover Langenhagen, wo Menschen bis zu 18 Monaten inhaftiert werden ohne dass Ihnen etwas zur Last gelegt wird, erleben Inhaftierte die tagtägliche Demütigung keine Handlungsmacht über ihr Leben zu besitzen. Neben Selbstverletzungen, die sich Häftlinge zufügen und ihrer Traumatisierung hat das Land Niedersachsen allein in diesem Gefängnis bereits zwei Suizide zu verantworten.

Dass die rassistische Ordnung hierzulande Vorrang hat vor Menschenleben ist brutal, aber auch nicht neu. Diese neuesten repressiven Maßnahmen ergänzen die Reihe von Zumutungen für Asylsuchende, die erdacht sind, um sie zu erniedrigen, zu isolieren und zu kontrollieren: Lagerunterbringung, Residenzpflicht, Verbot von Erwerbsarbeit, Gutscheinsystem oder auch Essenspakete, Ausreisezentren oder Abschiebungshaft.

Die Richtlinie muss jetzt verhindert werden, denn wenn einmal die Bedingungen geschaffen wurden Asylgefängnisse EU-weit legal zu errichten, wird der Kampf gegen sie umso mühsamer. Abgeschafft gehören aber auch alle schon bestehenden rassistischen Sondergesetze, die Menschen sortieren und klassifizieren. Es ist wichtig vielfältig gegen jedes dieser Sondergesetze vorzugehen, ohne zu vergessen, wo wir eigentlich hin wollen; denn mit jedem dieser Gesetze rückt das politische Ziel eines selbstbestimmten Lebens für **alle** ein Stück weiter in die Ferne.

**Gegen die Verharmlosung des Freiheitsentzugs von Flüchtlingen und rassistische Gesetzgebung!
Für die Bewegungsfreiheit aller Menschen!**

„Unsichtbar wird der Wahnsinn, wenn er genügend große Ausmaße angenommen hat“, sagt Brecht. Lasst ihn uns aus der Unsichtbarkeit holen!